Häckselplätze werden intensiver betreut

Laut Umweltausschuss sollen GSI-Mitarbeiter Sammelplätze kontrollieren und in Ordnung halten

Von unserem Mitarbeiter Norbert Kollros

Enzkreis. Damit es auf den 31 Häckselplätzen im Enzkreis nicht aussieht wie „Kraut und Rüben“, leistet sich der Enzkreis mehr Aufwand für Betreuung und Aufsicht. Muss er sogar, sagte Umwelt-Dezernent Karlheinz Zeller diese Woche im Umweltausschuss, um immissionsschutzrechtlichen Auflagen zu genügen. Was im Gebührenhaushalt im Abfallsektor mit jährlich zusätzlichen 120 000 Euro zu Buche schlägt.

Bislang schauten ehrenamtliche Häckselplatz-Paten nach dem Rechten, und Mitarbeiter der jeweiligen Bauhöfe rückten auch schon mal mit dem Radlader an, um wild herumliegenden Baum- oder Strauchschnitt zusammenzuschieben. Seit einem Jahr übernahmen zusätzlich Mitarbeiter der Gemeinnützigen Service- und Integrationsgesellschaft (GSI) des Enzkreises sporadisch Kontrollaufgaben, quasi als Versuch.

Diese Betreuung soll nun Standard auf allen Plätzen werden. Zweimal wöchentlich sollen künftig GSI-Mitarbeiter die Sammelplätze unter die Lupe nehmen und bei Bedarf auch Hand anlegen. Warum dies weiterhin nicht durch die Bauhöfe erfolgen könne, stellte Kreisrat Gerhard Drautz in den Raum.

„Weil es eben solche und solche gibt“, so Umweltdezernent Karlheinz Zeller, je nachdem, wie motiviert der jeweilige Bauhofleiter sei. „Oder der jeweilige Bürgermeister…“, lästerte der frühere Kieselbronner Schultes.

Zeller verwies auf schärfer gewordene Auflagen in Sachen Umweltschutz, weshalb eine konsequentere Überprüfung der Plätze erforderlich werde. Ansonsten könne die Schließung der jederzeit frei zugänglichen Plätze drohen. Insgesamt acht Dienstleister hatten sich um den Auftrag beworben, günstigster Bieter war die GSI.

Veränderungen stehen auch auf dem Recyclinghof auf der Maulbronner Mülldeponie bevor. Der jetzige Standort des dortigen „Entsorgungszentrums“ muss zwangsläufig verlegt werden, weil im Bereich der ältesten Deponieabschnitte aus den 70er-Jahren aus Gründen des Umweltschutzes die Abdichtung der Oberfläche erfolgen muss.

MEHR ORDNUNG AUF DEN HÄCKSELPLÄTZEN will der Enzkreis erreichen. Darum sollen diese vermehrt beaufsichtigt und die Disziplin der anliefernden Kunden durch die gemeinnützige GSI kontrolliert werden. *Foto: Kollros*

Zwar wurden Standortalternativen außerhalb des Deponiegeländes geprüft, jedoch für weniger wirtschaftlich erachtet, berichtete Umweltdezernent Zeller im Ausschuss. Trotzdem mussten die Kreisräte tief durchatmen: Die Neuanlage des Entsorgungszentrums wird mit knapp 900 000 Euro kalkuliert – Kreisrat Winfried Scheuermann sprach auch sogleich von einem „Deluxe-Qualitätsstandard“ und fragte, ob diese Ausstattung tatsächlich erforderlich sei. Karlheinz Zeller bejahte dies ausdrücklich und begründete den Aufwand mit der Größe des Platzes und seiner Mehrfachfunktion nicht nur als Maulbronner Recyclinghof sondern auch als Häckselplatz, zentraler Sammelplatz für Elektro-Geräte sowie Umschlagplatz für belastetes Altholz. Allein auf dieser Sammelstelle betrage die Anlieferungsmenge das Sieben- bis Zehnfache anderer größerer Recyclinghöfe im Enzkreis. Mit dem Ausbau würden zudem die Verkehrsflächen sowohl für die Anlieferer als auch für die Lastzüge, die die Container abholten, verbessert. Die künftige Fläche der Anlage betrage rund einen halben Hektar.

Neuanlage kostet knapp 900 000 Euro

Im Umweltausschuss wurde die Neuplanung größtenteils als nachvollziehbar erachtet. Zumal auch berücksichtigt werden müsse, dass die Anlage eine Investition für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte sei. Mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung fasste der Ausschuss die entsprechende Beschlussempfehlung an den Kreistag.

Erschließung beauftragt

Kieselbronn (msch). Mit der Vergabe der Ingenieurleistungen für die Erschließung des Baugeländes an die Firma BKR Kommunalsiedlung ist der nächste Schritt zur Verwirklichung des neuen Kieselbronner Bauhofes mit Jugendraum und DRK-Fahrzeughalle gemacht.

Gleichzeitig soll auch die Kanalisation im Bereich des nahe gelegenen Kindergartens und Spielplatzes im „Reible“ teilweise erneuert werden. Hier ist es schon des Öfteren zu Verstopfung und Rückstau gekommen. Eine Kamerabefahrung der Kanäle aus den 50er Jahren hat deren schlechten Zustand erwiesen. Jetzt soll untersucht werden, ob man das Abwasser künftig in Richtung des neuen Bauhofes ableiten kann. Dann könnte eine Kanalleitung in Richtung Süden unter dem dortigen Feldweg entfallen. Für die Kanalarbeiten sind im Haushalt insgesamt Mittel in Höhe von 150 000 Euro bereitgestellt.

Nächster Schritt für neuen Bauhof

Bei Wohnhausbrand 100 000 Euro Schaden

Bad Wildbad-Calmbach (PK). Gegen 13.15 Uhr ist in einem Wohnhaus in Calmbach aus noch ungeklärter Ursache ein Brand ausgebrochen. Die Bewohner konnten jedoch unversehrt das Haus verlassen. Die Feuerwehren aus Bad Wildbad und Calmbach waren mit rund 40 Kräften im Einsatz, teilt die Polizei weiter mit. Der Schaden wird auf rund 100 000 Euro geschätzt. Das Kriminalkommissariat Calw hat die Ermittlungen in Bezug auf die Brandursache aufgenommen.

Motorradfahrer schwer verletzt

Kieselbronn/Eisingen (bert). Ein Motorradfahrer ist gestern Abend gegen 17.20 Uhr auf der Kreisstraße 4530 zwischen Kieselbronn und Eisingen schwer verunglückt. Lebensgefahr sei nicht auszuschließen, hieß es gestern noch.

Der Mann war mit seiner Maschine von Kieselbronn in Fahrtrichtung Eisingen unterwegs, als er kurz vor der Ortseinfahrt Eisingen in einer lang gezogenen Rechtskurve vermutlich wegen eines Fahrfehlers die Kontrolle über das Motorrad verlor und nach rechts von der Straße abkam.

Das Krad krachte gegen einen Baum und wurde dabei auseinandergerissen. Der Motorradfahrer hatte sich zuvor jedoch von der Maschine lösen können und prallte laut Polizeiangaben nicht auf den Baum. Er wurde aber dennoch schwer verletzt, war aber von den Rettungskräften noch ansprechbar.

Zur Bergung und Versorgung des Verunglückten musste die Fahrbahn in beide Richtungen für eine Stunde gesperrt werden. Auch der Rettungshubschrauber war im Einsatz, teilte die Polizei weiter mit.

U-3-Gruppe soll geöffnet werden

Kieselbronn (msch). Gut ausgestattet mit Kinderbetreuungsplätzen ist die Gemeinde Kieselbronn. Für 86 Kinder ab drei Jahren stehen 98 Kindergartenplätze zur Verfügung. Noch mehr Reserve gibt es bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Hier wurde wegen zu geringer Nachfrage temporär sogar eine Gruppe geschlossen.

Dennoch stehen immer noch 20 Kindergartenplätze und sechs Plätze bei Tagesmüttern zur Verfügung. Die Versorgungsquote beträgt damit 35,1 Prozent. Tatsächlich in Anspruch genommen wird das Angebot jedoch nur von zehn Kindern im Kindergarten und einem Kind bei einer Tagesmutter.

Zum 1. September soll die derzeit geschlossene Gruppe für Unter-Dreijährige mit dann acht Kinder wieder eröffnet werden. Rund 40 Kinder werden im Rahmen der Kernzeiten- und Ganztagesbetreuung durch den Verein Honigtopf betreut, teilt Hauptamtsleiter Philipp Kreutel mit.

Durchschnittlich 23 Kinder essen täglich in der Schule zu Mittag.

„Keine Scheibchentaktik“

Schulverband Westlicher Enzkreis bezieht Stellung

Enzkreis (PK). Die Entscheidung der Gemeinde Neulingen, dem Schulverband Westlicher Enzkreis nicht beizutreten, hat dort nicht gerade für Begeisterung gesorgt. Dennoch ist den Bürgermeistern der Schulverbandsgemeinden die Feststellung besonders wichtig, dass die Schüler aus Neulingen auch nach dem ablehnenden Beschluss des Neulinger Gemeinderats genauso am Bildungszentrum aufgenommen werden wie vor diesem Beschluss, heißt es in einer Stellungnahme des Schulverbands.

Nachdem die Anzahl der Schüler aus Neulingen inzwischen genauso hoch ist wie die Schülerzahl einer Verbandsgemeinde war es die Intention des Schulverbandes, mit der Gemeinde Neulingen Gespräche mit dem Ziel zu führen, Neulingen in den Schulverband aufzunehmen. Durch den ablehnenden Beschluss verpassen die Neulinger Entscheidungsträger die Chance, für ihre Schüler dauerhaft den Zugang zum Bildungszentrum zu sichern und nehmen bewusst in Kauf, dass bei einer überhöhten Nachfrage durch Entscheidung des Regierungspräsidiums bzw. des Schulamts Kinder aus Neulingen nicht aufgenommen werden könnten.

Laut Schulstatistik für den Haushalt 2014 besuchen 239 Schüler aus Eisingen, 230 aus Ispringen, 298 aus Kämpfelbach, 574 aus Königsbach-Stein und 219 aus Neulingen das Schulzentrum des Verbands. Die in der Gemeinderatssitzung in Neulingen gemachte Aussage, dass „Zahlen scheibchenweise bekannt gegeben wurden“ sei so nicht richtig, heißt es weiter. Bei den ersten Gesprächen mit Gemeinderat und Bürgermeister seien im Oktober die zu diesem Zeitpunkt bekannten Zahlen der zurückliegenden Jahre vom Schulverband vorgelegt und auch erläutert worden, dass die Verteilung der Kosten auf die Verbandsgemeinden auf Basis der Schülerzahlen erfolgt. Dabei wurden die Schülerzahlen sowohl dieser zurückliegenden Jahre, als auch die aktuellen genannt, die sich gegenüber den Anfangsjahren inzwischen vervielfacht hat. Nachdem die Haushaltszahlen für 2014 im Entwurf vorlagen, wurden diese der Gemeinde Neulingen absprachegemäß Mitte November vorgelegt und der Haushalt 2014 in der Verbandsversammlung am 3. Dezember 2013 öffentlich beraten und beschlossen. Der Bürgermeister und Gemeinderatsmitgliedern aus Neulingen waren dabei anwesend.

„Den Schulverbandsgemeinden Eisingen, Ispringen, Kämpfelbach und Königsbach-Stein fallen die erhöhten Ausgaben für den Brandschutz auch nicht leicht, jedoch stellen sie sich ihrer Verantwortung, gemeinsam die kommunale Aufgabe zu erfüllen und mit dem Bildungszentrum ein attraktives Angebot zu machen“, so das Fazit.

Neue Untersuchung aber kein besserer Lärmschutz

Vertreter der Bürgerinitiative und der Gemeinde Remchingen haben bei Gesprächen in Berlin nicht viel erreicht

Remchingen (PK). Der Ausbau der A 8 auf Remchinger Gemarkung schreitet zügig voran, beim Thema Lärmschutz hingegen gibt es keine positiven Signale. Auch ein Gespräch in Berlin brachte nicht viel: Die Vertreterin des Verkehrsministerium sicherte lediglich eine neue schalltechnische Untersuchung zu.

Nachdem die Untersuchungen der Gemeinde Remchingen eklatante Fehler im schalltechnischen Gutachten aufgedeckt hatten, waren die Erwartungen an die politischen Akteure gestiegen, doch noch einen an den gesetzlichen Grenzwerten ausgerichteten Lärmschutz zu erhalten. Allerdings wurde zuletzt auch vom Bundesverkehrsministerium eine Ausweitung von aktiven Lärmschutzmaßnahmen abgelehnt.

Wenig Zugeständnisse der Verkehrsstaatssekretärin

Durch Vermittlung des Bundestagsabgeordneten Gunther Krichbaum fand ein direktes Gespräch zwischen der zuständigen Staatssekretärin Dorothee Bär und der Bürgerinitiative „Ruhe Jetzt“, vertreten durch Irmgard Zachmann, Stefan Urbitsch und Frank Jouvenal, und der Gemeinde Remchingen mit Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon und Ortsbaumeister Udo Schneider in Berlin statt. Die Staatssekretärin versprach die erneute Beauftragung einer neuen schalltechnischen Untersuchung, wobei dies in enger Abstimmung mit der BI und der Gemeinde erfolgen solle.

WENIG GREIFBARES brachten die Gespräche in Berlin: (von links) Stefan Urbitsch, Frank Jouvenal, Irmgard Zachmann, Dorothee Bär, Udo Schneider, Luca Wilhelm Prayon und Carsten Buchholz. *Foto: PK*

Darüber hinaus könne ein verbesserter passiver Lärmschutz in Aussicht gestellt werden, weitergehende Maßnahmen seien aber nicht geplant. „Obwohl damit auch das Bundesverkehrsministerium die Fehlerhaftigkeit des ursprünglichen Gutachtens einräumt, werden letztlich keine zusätzlichen und umfassender wirkenden Lärmschutzmaßnahmen ergriffen“, bedauern die Vertreter der Bürgerinitiative. Damit bleibt es bei der Überlegung der Gemeinde, mit einer eigenen schalltechnischen Untersuchung zumindest eine verlässliche Grundlage für die weiteren Schritte zu erhalten.

„Wir danken Frau Bär für das persönliche Gespräch und ihre Bereitschaft, die für uns noch offenen Punkte durch das Ministerium überprüfen zu lassen“, erklärten die Vertreter der Bürgerinitiative und der Gemeinde. „Allerdings werden wir auch weiterhin auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben beharren und uns deshalb vehement für einen entsprechenden Lärmschutz einsetzen“, erklärten sie abschließend.

Zunächst müssen nunmehr die Ergebnisse des von der Gemeinde Remchingen beauftragten Gutachtens abgewartet werden, um dann die weiteren Verfahrensschritte zu erwägen.